

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Ermittlungen zu vermeintlicher Korruption von FPÖ-Politiker:innen

Am 03.02.2022 veröffentlichte der Profil in Kooperation mit OCCRP, Eeesti Ekspress und IRPI einen Artikel mit dem Titel "Moskau-Mails: Die FPÖ im Netz der Kreml-Propaganda" (<https://www.profil.at/investigativ/moskau-mails-die-fpoe-im-netz-der-kreml-propaganda/402315584>).

Geleakte E-Mails zeigen, wie Sargis M., ein Duma-Insider, ein Netzwerk von Analyst:innen, Journalist:innen und Anderen aufgebaut hat, welches ihm geholfen hat, die Interessen des Kremls im Ausland voranzutreiben. Seine Gruppe, die Lobbygruppe "Internationale Agentur für aktuelle Politik", welche als Schaltzentrale für pro-russische Öffentlichkeitsarbeit diente, soll europäischen Politiker:innen Geld angeboten haben, um pro-russische Anträge in den jeweiligen Parlamenten einzubringen, und hat mutmaßlich rechtsextreme Aktivisten bezahlt, um pro-russische Artikel in europäischen Medien zu veröffentlichen. Das Netzwerk organisierte Reisen in die besetzte Krim für europäische Politiker:innen und Geschäftsleute, wobei Reisen und Unterkünfte von russischen staatlich finanzierten Organisationen abgedeckt wurden und Honorare einigen Personen anscheinend angeboten wurden. Es trug auch dazu bei, europäische politische Persönlichkeiten nach Russland zu bringen, um als Wahlbeobachter zu fungieren, wobei dem Projekt mutmaßlich ein Budget von 68.000 Euro zugewiesen wurde. (<https://www.occrp.org/en/investigations/kremlin-linked-group-arranged-payments-to-european-politicians-to-support-russias-annexation-of-crimea>)

Besonders ins Auge springt ein Anhang zu einer E-Mail vom 21.06.2016, mit dem Titel „Entschließung zur Aufhebung antirussischer Sanktionen im österreichischen Parlament“. Das Ziel bestand laut Dokument darin, dass ein Beschluss über die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland im Nationalrat Anfang Juli 2016 durch die FPÖ initiiert werden soll, mit möglicher Unterstützung durch das (mittlerweile aufgelöste) „Team Stronach“. Als „Sprecher“ in dieser Angelegenheit sollte laut Dokument der FPÖ-Abgeordnete Johannes Hübner auftreten. Als Kosten waren demnach mutmaßlich 20.000 Euro veranschlagt – bei erfolgreicher Abstimmung nochmals mutmaßliche 15.000 Euro.

Am 06.07.2016 brachte Johannes Hübner einen entsprechenden Entschließungsantrag betreffend "Aufhebung der Russland-Sanktionen (716/UEA)" im Nationalrat ein (welcher abgelehnt wurde) (<https://www.parlament.gv.at/gegenstand/XXV/UEA/716>), mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, "sich dafür einzusetzen, dass die Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation unverzüglich aufgehoben werden." Auf eine Anfrage, ob dafür aus Russland Geld bezahlt wurde, antwortete Johannes Hübner nicht. Schon im März 2022 berichtete das US-amerikanische "New Lines Magazine" von einem russischen Memo von Februar 2016, welches unter anderem das Aufheben der antirussischen Sanktionen im Österreichischen Parlament beinhaltet und Johannes Hübner als potenziellen Sprecher nennt. (<https://newlinesmag.com/reportage/exclusive-russia-backs-europes-far-right/>)

Einen Tag nach der Ablehnung des Entschließungsantrags verabschiedete das zyprische Parlament hingegen eine Resolution, mit der die dortige Regierung aufgefordert wurde, sich für ein Ende der Russland-Sanktionen einzusetzen. Der Beschluss ist in der Präsentationsunterlage der Lobby-Gruppe „Internationale Agentur für aktuelle Politik“, als Referenzprojekt angeführt.

Weiters heikel ist, dass wenn in der Vergangenheit Vertreter:innen der FPÖ Moskau oder der Krim PR-wirksame Besuche abstatteten, die Organisation davon zentral über den Schreibtisch von Sargis M. lief. Das verstärkt den Eindruck, dass die FPÖ zum Werkzeug russischer Propaganda wurde. "Rechtspopulisten aus der EU haben sich zum Werkzeug der Kreml-Propaganda machen lassen, die darauf abzielte, die internationale Ächtung des Putin-Regimes nach der Annexion der Krim zu untergraben. Sie verschafften der russischen Aggression gegen die Ukraine scheinbare Legitimität – einer Aggression, die wenige Jahre später in einen blutigen Angriffskrieg münden sollte." (<https://www.profil.at/investigativ/moskau-mails-die-fpoe-im-netz-der-kreml-propaganda/402315584>)

Als weiteres Beispiel dafür seien die damalige Nationalratsabgeordnete und ehemalige Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz sowie ihr Nationalratskollege Axel Kassegger, der heute noch für die FPÖ im Nationalrat sitzt, erwähnt. In den Mails von Sargis M. befand sich eine Liste mit europäischen Delegationsmitgliedern für das jährliche "Yalta International Economic Forum" auf der Krim (wo sie sich mit hochrangigen russischen Politikern trafen). Bei einigen Teilnehmern, darunter auch bei Rosenkranz und Kassegger, waren mutmaßliche Honorarzahlungen in Höhe von jeweils 4000 Euro vermerkt. Beide bestreiten, Geld erhalten zu haben. Ob tatsächlich Geld geflossen ist, geht aus den vorliegenden Mails nicht hervor.

Durch die Mails bestätigt sich der langjährige Eindruck, dass die FPÖ, wie andere rechtsextreme Parteien weltweit, eine Putinnähe hat, die mit einem westlichen Demokratieverständnis nicht in Einklang zu bringen ist. Darüber hinaus stehen auch strafrechtliche relevante Vorwürfe im Raum, die restlos aufgeklärt werden müssen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wieso wurde erst am 02.02.2023 bekannt, dass vier russische Diplomaten ausgewiesen werden?
 - a. Welche "mit ihrem diplomatischen Status unvereinbare Handlungen" haben diese gesetzt?
 - b. Stehen diese Handlungen in einem Zusammenhang mit den oben genannten Vorwürfen gegen FPÖ-Politiker:innen?
 - c. Wann wurde entschieden, dass die Spione zu "personae non gratae" erklärt werden?
 - i. Welche Stellen in welchen Ressorts waren an der Entscheidungsfindung beteiligt?
 - d. Welche Rolle spielte die DSN in diesem Zusammenhang?
 - e. Welche Rolle spielte das HNaA in diesem Zusammenhang?

2. Wird aktuell ein Ermittlungsverfahren iZm dem am 6.7.2016 eingebrachten Entschließungsantrag betreffend "Aufhebung der Russland-Sanktionen (716/UEA)" geführt?
 - a. Wenn ja, gegen wen genau?
 - b. Wenn ja, ist Barbara Rosenkranz von diesen Ermittlungen betroffen?
 - c. Wenn ja, ist Axel Kassegger von diesen Ermittlungen betroffen?
 - d. Wenn ja, ist Dr. Johannes Hübner von diesen Ermittlungen betroffen?
 - i. Wenn ja, wegen welcher Delikte wird ermittelt?
 1. Wurde eine Verjährung gem. §57 StGB hinsichtlich der Vorteilsannahme gem §306 StGB festgestellt?
 - a. Wurde eine Meldung an das Finanzamt bzgl der mutmaßlich erhaltenen 4.000 Euro bei Rosenkranz und Kassegger bzw. 20.000 Euro bei Hübner erstattet?
 - i. Wenn ja, ist bekannt ob hier eine Verfahren nach der BAO eingeleitet wurde?
 - ii. Wenn nein, warum nicht?
 - e. Wenn nein, in welchem Stadium befindet sich dieses Verfahren?
 - i. Wird/wurde eine Anfangsverdachtsprüfung durchgeführt?
 1. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 2. Wenn ja, wurde bereits ein Auslieferungsantrag an den Bundesrat gestellt?
3. Gibt/gab es Ermittlungsverfahren iZm Robert Stelzl?
 - a. Wenn ja, wegen welcher Delikte?
 - b. Wenn ja, haben diese Delikte einen Auslandszusammenhang?
4. Ab wann hatte das BMI, bzw. die ihm unterstellten Stellen, Kenntnis von den im Artikel genannten Unterlagen?
5. Bereits im März 2022 gab es schon Anhaltspunkte, dass Geld aus Russland für die Einbringung des oben genannten Antrags, in Richtung FPÖ geflossen ist. Dr. Hübner ließ damals über den FPÖ-Parlamentsklub wissen, dass "weder die FPÖ noch ihr nahestehende natürliche oder juristische Personen Geld für diesen Antrag erhalten haben." Wurde überprüft, ob Dr. Hübner selbst Geld erhalten hat?
 - a. Wurde überprüft, ob die FPÖ in irgendeiner Art und Weise Geld in diesem Zusammenhang erhalten hat?
 - b. Wurde überprüft, ob natürliche oder juristische Personen, die zwar Dr. Hübner, aber nicht der FPÖ nahestehen, Geld erhalten haben?
 - c. Wurde überprüft, ob Bekannte und/oder Angehörige von Dr. Hübner Geld in diesem Zusammenhang erhalten haben?
6. Gab es im Zusammenhang mit den oben angeführten Reisen, Kontaktaufnahmen, Geldflüssen etc. irgendeine Zusammenarbeit zwischen

der DSN bzw. (davor) dem BVT und einem anderen Ministerium (BMJ, BMEIA etc..)?

- a. Wenn ja, wann und in welcher Weise?
 - b. Wurde von Seiten der DSN bzw. davor des BVT irgendeine Meldung in Richtung eines anderen Ministeriums iZm den oben genannten Sachverhalten erstattet?
 - c. Gab es nach der Veröffentlichung des Profil-Artikels irgendeine Zusammenarbeit, Meldung etc..?
7. Gab es im Zusammenhang mit den oben angeführten Reisen, Kontaktaufnahmen, Geldflüssen etc. irgendeine Zusammenarbeit zwischen dem HNaA und dem BMI?
- a. Wenn ja, welche?
 - b. Wenn ja, wann war diese?



W. Seidl
(RECHNER)



(KAWASCH)



(WACHNER)

